

Redaktion 32723 - Geschäftstelefon 32728

Redaktion und Geschäftsstelle Dresden, A. 16, Holbeinstrasse 48

Sächsisch-Deutsche Volkszeitung

Verlagspreis: Vierteljährlich 12.75 M., halbjährlich 24.50 M., einjährlich 47.00 M.

Anzeigen: Kontrahent vor Beauftragung bis 10 Uhr, Familienanzeigen bis 11 Uhr vorm.

Die Annahme des Ultimatums Das neue Reichskabinet Wirth

Die letzten Stunden der Entscheidung!

Die Vorgänge, die in der Nacht vom Montag auf Dienstag im Reichstage sich vollzogen, bieten ein Spiegelbild für die Verwirrung, um nicht zu sagen Verwirrung in den Parteien.

In dieser Nacht sollte nämlich ein definitiver Beschluß der Parteien um das Ja oder Nein gegenüber dem Ultimatium gefaßt werden. In die Verhandlungen der Fraktionen war außerdem noch ein Moment der Heberfäschung hineingetragen worden durch eine ganz unbegreifliche Unterlassung des Auswärtigen Amtes.

Bei den Verhandlungen drehte sich alles um die Stellungnahme der mit dem Zentrum und der Regierung bildenden Deutschen Volkspartei und der Demokraten. Es war ein Bild, nichts weniger als erbaulich, wie diese beiden Parteien in allem und jedem, was sie sagten und taten, nach rechts oder nach links schielten, um nur ja nicht von der Kontinuität geschlagen zu werden.

Und wie gering und armselig war all das gegenüber den großen und schweren Schicksalsfragen, um deren Entscheidung es sich nun handelte. Ist es nicht höchste und edelste nationale Pflicht, alles, auch das Letzte daran zu setzen, um heimtückischer feindlicher Vespaltung nicht preiszugeben!

Aber was sahen wir im Reichstage in dieser Nacht? Nicht anderes als ein Feilschen um die bessere parteitaktische Situation! Am heftigsten ging es in der Deutschen Volkspartei her. Diese Partei machte in den letzten Tagen Schwankungen durch, die von Stunde zu Stunde neue Formen annahmen. Noch am Samstagabend war eine überwiegende Mehrheit innerparteilich der Deutschen Volkspartei für die Annahme des Ultimatums, und zwar aus politischen wie aus wirtschaftlichen Gründen.

Und nebenher vollzog sich das ähnliche Schauspiel bei den Demokraten. Sie als die politischen Vertreter des Handelskapitals waren in ihrer Stellungnahme von ähnlichen Gesichtspunkten geleitet, wie die Deutsche Volkspartei.

Diese Erwartung zeigte sich aber bald als irrig; es trat vielmehr eine völlig neue Situation ein, als gegen mittag 12 Uhr die Sozialdemokraten, die sich bis dahin gegen eine Beteiligung an der Regierung ablehnend verhalten hatten, sich bereit erklärten, in die Regierung einzutreten.

Da aber Herr Bauer selbst an seinen Forderungen festhalten zu müssen glaubte, so konnte seine Kandidatur, so beharrlich es sein mag, tatsächlich nicht mehr in Frage kommen und in den Vordergrund trat nun eine Kandidatur des bisherigen Finanzministers Dr. Wirth.

In den Abendstunden änderte sich die Situation nochmals

plötzlich. Die Demokraten, die zunächst gegenüber dem Ultimatium eine geteilte Haltung eingenommen, dann aber in der Mehrheit sich für die Annahme entschieden hatten, fielen im letzten Augenblick wieder auseinander und erklärten, daß sie nicht in der Lage seien, zudem ihre Fraktion schwach besetzt sei, sich an der Kabinettsbildung zu beteiligen.

In erster Stunde ist nunmehr die Entscheidung gefallen. Sie ist in ihrer Wirkung für die Zukunft des Deutschen Volkes von so ungeheurer und einschneidender Bedeutung, daß es nicht Wunder nehmen kann, wenn dem endgültigen Beschluß der Parteien eine Prüfung vorausging, die alle Spielarten und alle Folgen, die sich im Falle einer Ablehnung oder einer Annahme ergeben müssen, eingehendster Erwägung unterwarf.

Der Sachspruch ist nun gefallen. Die Parteien, die für die bejahende Verantwortung des Ultimatiums stimmten, haben eine Verantwortung auf sich genommen, wie sie bisher in der ganzen deutschen Geschichte noch nicht gekannt worden ist. Sie tragen aber diese Verantwortung in dem Bewußtsein, daß dies der einzige gangbare Weg ist, das unheilvolle deutsche Volk vor weiterem Unglück zu bewahren und damit dem inneren Frieden zu dienen.

Die Erklärung der Parteien im Reichstage

Berlin, 10. Mai.

Am 9 Uhr wird die Sitzung eröffnet. Das Land ist dicht besetzt. Die Tribünen sind bis auf den letzten Platz gefüllt und in der Tribünenloge sitzen zahlreiche Vertreter der feindlichen und der neutralen Staaten.

Am 9 Uhr eröffnete Präsident Lobe die Sitzung mit folgender Ansprache:

Der Reichstag hat sich versammelt, um eine Entscheidung von unabweisbarer Tragweite zu fällen. Indem ich die Sitzung eröffne, gebe ich dem Wunsche Ausdruck, daß unsere Verhandlungen von dem Geiste getragen sein mögen, den die geschichtliche Stunde uns allen gelehrt. Unter den Eingängen befindet sich die Erklärung der Verbündeten vom 5. Mai mit den Entschuldigungsverpflichtungen, ferner das Abkommen zwischen der deutschen Regierung und der russischen sozialistischen Sowjetrepublik über die Erweiterung der Tätigkeitgebiete der beiderseitigen Beteiligungen.

Erklärung der neuen Reichsregierung. Das Wort dazu hat der Herr Reichskanzler Dr. Wirth.

Der Herr Reichspräsident hat mich ersucht, die Kabinettsbildung zu übernehmen, und ich habe geantwortet, in einer so entscheidenden Stunde mich diesem Aule nicht verlegen zu lassen. Zu Reichsministern sind durch den Herrn Reichspräsidenten ernannt: Reichskanzler Dr. Wirth, der bis auf weiteres auch das Ministerium des Innern übernimmt, Reichsschatzminister und stellvertretender Reichskanzler ist Bauer, der Reichsminister des Innern Dr. Gradnauer, Reichsjustizminister Schäffer, Reichsarbeitsminister Dr. Weymann, Reichswirtschaftsminister Robert Schmidt, Reichsminister für Ernährung und Landwirtschaft Dermes, Reichswehrminister Dr. Gessler, Reichsverkehrsminister Gröner, Reichspostminister Giesberts. Das Reichsfinanzministerium ist vorläufig unbesetzt.

gung des Kabinetts soll in Erwägung aller für seine Zusammenlegung wesentlichen Gesichtspunkte unverzüglich in Angriff genommen werden. Die Aufgabe in dieser schweren Stunde ist, die Entscheidung des Reichstages über das Ultimatium der verbündeten Regierungen herbeizuführen. Im Hinblick auf den Ablauf des Krieges bitte ich Sie, Ihre Meinung durch unverzügliche, entschließungsbereite Äußerung zu geben.

Es bleibt uns keine andere Möglichkeit als die Annahme oder Ablehnung.

Das Ja bedeutet, daß wir uns bereit erklären, die schweren finanziellen Lasten, die man Jahr für Jahr von uns fordert, in freier Arbeit zu tragen; die Ablehnung aber würde bedeuten die Zwangsbeschäftigung in unsere ganze Volkswirtschaft, und würde bedeuten Stillenarbeit unter Aufsicht feindlicher Valontette, und bedeutet die Auslieferung der Grundlagen unserer ganzen industriellen Tätigkeit. Die deutsche Regierung nimmt aus diesem Grunde das Ultimatum an.

Die deutsche Regierung nimmt aus diesem Grunde das Ultimatum an.

Die Verantwortung für die weltwirtschaftlichen Folgen des Ultimatums liegt bei der Regierung. Nur durch Leistungen können wir unsere Gegner von der Ansicht abbringen, in der eine erträgliche Handhabung der Londoner Beschlüsse in dem großen Rahmen unserer Leistungsfähigkeit gesichert wird. Durch die Annahme des Ultimatums befreit wir die nahe drohende Besetzung des Ruhrgebietes. Die vielfach geäußerte Meinung, daß es auf jeden Fall, mögen wir unterzeichnen oder nicht, zum Einmarsch kommen wird, findet in dem Ultimatum keine Stütze. Nach seinem Sinn und Wortlaut bildet die Abnahme von Sanktionen, insbesondere die Nichtbesetzung des Ruhrgebietes, die Grundlage der Annahme des Ultimatums. Daß wir bei dieser schicksalschweren Entscheidung unseren Blick auch auf

Oberschlesien

richten, Bedarf seiner Begründung. In dieser Hinsicht vertrauen wir sehr auf das Ergebnis der Volksabstimmung. Worauf es jetzt ankommt, ist, daß die verbündeten Regierungen den von polnischer Seite gemachten Versuch, einen allen Recht hochspruchende vollenständigen Vertrag zu schließen, nicht dulden werden, daß auf keinen Fall ein polnischer Diktator die westlichen Rechte, die uns der Friedensvertrag gibt, mit Füßen tritt.

Das neue gebildete Regierung empfiehlt Ihnen nach gewissenhafter Prüfung die Annahme des Ultimatums. (Weisfall.)

Für die Sozialdemokratie gibt Abg. Wels eine Erklärung ab, die besagt: Die sozialdemokratische Reichstagsfraktion hat ihre Zustimmung an einer Regierung beschlossen, die durch Annahme des Ultimatums Deutschland vor den unmittelbaren katastrophalen Folgen einer Ablehnung retten und den ehrlichen Versuch machen will, das uns auferlegte nach bestem Können zu erfüllen. Zur Lösung ihrer schwierigen und verantwortungsvollen Aufgabe bedarf die Regierung der Einsicht und hingebendsten Unterstützung der weitesten Volkstriebe.

Abg. Trimborn (Zentrum) gibt namens der Zentrumsfraktion eine Erklärung ab, in der es heißt: Bei der Erwägung der Gründe für und gegen die Ablehnung haben wir es für wahrscheinlich erachtet, daß das Deutsche Reich und das deutsche Volk bei der Annahme der Forderungen der Verbündeten in ihrem Fortbestand weniger gefährdet sei wie bei dem mit ihrer Ablehnung eintretenden Wirken.

Abg. Dr. Stresemann (D. Vp.): Die Fraktion ist einmütig der Auffassung, daß die uns im Ultimatum ausgesetzten Positionen nicht ertragen werden können, ohne zum Zusammenbruch zu führen. Das Ultimatum ist einseitig zu einer Zeit, wo unsere Grenzen noch nicht einmal feststehen, und wühlt uns in der Zeit größter Gefahr, unsere Wehr im Osten aufzuheben.

Abg. Dr. Hergt (Nat. Vp.): Die Regierung beruht auf schwachen Füßen. Die Erklärung der Sozialdemokraten schob die Verantwortung dem Bürgertum zu. Die Sozialdemokratie kann daher jetzt die Verantwortung nicht ablehnen dafür, daß die deutsche Arbeiterschaft in widerstandslos Abhängigkeit vom Auslande gebracht wird. (Widerpruch links.)

Der Verband hat seine übernommenen Verpflichtungen gekrochen. Empörend ist sein Verhalten gegenüber den Polen. Empörend ist, daß man durch die Entwasserungsaktion neue Zwietracht in Deutschland säen will. Unter diesen Umständen müssen wir neu sagen: Wenn wir von den Folgen des Ultimatums nicht tragen können, erfolgt am 31. Mai ja doch der Zusammenbruch, was soll und da die Atempause nutzen? Im Gegenteil, der Gegner erhält dadurch einen formellen Rechtsmittel für das, was bisher vertragswidrig war.

Abg. Ledebour (Unabh.): Die Unabhängige Sozialdemokratie ist zu dem Ergebnis gekommen, daß die Regierung das Ultimatum unter dem Zwange der angebotenen Gewaltmaßregel

annehmen müßte. Wir beurteilen den Versäuer Vertrag als einen Gewaltfrieden des kaiserlichen Imperialismus, ebenso wie die wirtschaftlichen Folgen des Ultimatums als schwere Schädigungen für die Arbeiterschaft. Die Besetzung des Ruhrgebietes würde eine Arbeitslosigkeit von bisher nicht gekannter Ausdehnung herbeiführen und das deutsche Wirtschaftsleben völlig zerstören.

Abg. Haas (Dem.) spricht ebenfalls zunächst gegen den Abg. Hergt, dessen Anschauungen von der schweren Gewissensfrage in der obersteleischen Frage im Gegensatz zu seinen sonstigen Ausführungen ständen. Jeder deutsche Mann habe in dieser Frage wohl in schwerer Gewissensnot gestanden.

Abg. Koenen (Kom.): Die Unterzeichnung bedeutet Hunger für das deutsche Volk, Lebensmittelnot, aber die bürgerlichen Parteien werden auch nicht ein Gramm von ihrem Wohlleben abgeben, sondern den Arbeitern allein die Lasten aufbürden, den Arbeitern noch mehr ausgepreßt werden, um die Erzeugung zu heben.

Abg. Heim (Vorb. Volksw.): Wir stimmen gegen das Ultimatum, weil wir dadurch nicht zu einem dauernden Frieden kommen. Die Regierung hat die Erfüllung der übernommenen Pflichten zu vernachlässigt, soweit sie erfüllbar sind.

Der Antrag Müller (Franken)-Trimborn, in dem der Reichstag sich damit einverstanden erklärt, daß die Reichs-

regierung die im Ultimatum geforderten Erklärungen abgibt, wird sodann in namentlicher Abstimmung mit 221 gegen 175 Stimmen angenommen.

Die Verantwortung des Ultimatums

Berlin, 11. Mai. Das neue Reichskabinett wird den Ministern zufolge unmittelbar nach Schluß der Reichstagsabstimmung zusammengetreten, um den Wortlaut der Note an die Alliierten, in der die Annahme des Ultimatums ausgesprochen wird, zu beschließen.

Das neue Reichskabinett ist, da es sich nur aus Sozialdemokraten, Zentrum und Demokraten zusammensetzt, eine Arbeiterregierung und wird laut „Voll. Zig.“ auf die Unterstützung der bahrischen Volkspartei und der Unabhängigen angewiesen sein.

Der Dank des Reichspräsidenten an Fehrenbach

Berlin, 10. Mai. Der Reichspräsident hat am den Scheidenden Reichskanzler Fehrenbach folgendes Handschreiben gerichtet.

„Berlin, 10. Mai 1921. Hochverehrter Herr Reichsminister! Indem ich durch Uebernahme des beifolgenden Abschlusses Ihren Antrag auf Entlassung aus dem Amte des Reichskanzlers entpreche, ist es mir ein Bedürfnis, für Ihre dem Vaterland in schwerer Zeit geleisteten wertvollen Dienste Ihnen meinen tiefempfindlichen Dank auszusprechen.“

Für die Ablehnung

(Eigener Drahtbericht der „Sächs. Volkszeitung.“)

Berlin, 11. Mai. Der Reichspräsident empfing gestern den Vorsitzenden des Reichswirtschaftsrates Eder von Braun und eine Abordnung der Arbeitsgemeinschaft des Reichswirtschaftsrates.

Essen, 10. Mai. Entgegen der in einigen Presseauswertungen laut gewordenen Ansicht, der rheinisch-westfälische Bergbau trete aus Furcht vor einer Besetzung für die Annahme des Ultimatums der Entente ein, wird vom Bergbau der verbündeten Interessen im Oberbergamtsbezirk Dortmund mitgeteilt, daß dies durchaus nicht zutrifft.

Sie steigern Ihren Umsatz durch Insertion in der Sächsischen Volkszeitung. Verlangen Sie kostenloses Angebot und Vertreterbesuch. Fernsprecher 32722 und 32723.

Der Gänsefuß

Dänischer Lustroman von Dina Erndberg

(Nachdruck verboten.)

(A. Fortsetzung.)

Tiefen Abend wollte er mit Lore nochmals zum Rosenbusch am Weidanger gehen.

Marianne war die letzten Tage oft vom Spaziergang lassen haben geblieben. Es war dies Joseph immer klar gewesen. Ihre ernste, ruhige Art schied ihn Ehen und Unbehagen ein.

Lore schaute schon vom Fenster herab und winkte ihm zu. Mit einem Wackel am Arme erschien sie gleich darauf unter der Tür und ließ sich von ihm zum Weidanger führen.

„Ich hab schon eine, aber die will ich Ihnen nicht geben.“ „Aber warum doch?“ „Die Zeit sagen, wenn jemand von einem andern a Stiefel nimmt, dann wird man endlich böse.“

„Auf diese Gefahr hin dürfen Sie mir die Radel geben; nur werden nicht böse, weil wir nicht wollen. Also bitte, Sie Kleinläubiger — die Radel.“ „Ich geb die Radel net her!“ „Aber das ist doch zu dumm; dann muß ich heim.“

Joseph mußte momentan nicht, wie er darauf antworten sollte. Ihm war das Herz zu voll — er wollte daher nur heftig mit dem Kopfe und sagte einfach: „Ja!“

„Sie waren nun angekommen am Rosenbusch; er hing immer noch voll rosigter Blüten. Ohne weiteres setzte sich Lore hier ins Gras.“

„Sie mühen sich hierher setzen, Joseph.“ sprach sie, ihm den Platz neben sich anzeigend. „Wir wollen nochmal sein genau so, wie als Kinder. Nur schade, daß die Gänse fehlen.“

„Ich heirat net.“ „Warum nicht gar. Es gibt ja hübsche Mädchen im Dorfe, da wird schon eine die Erwählte sein.“

„Sie sind zu dumm.“ „Ja! Da muß es dann was Besseres sein.“ „Was ist ein großer, reicher Herr; ich wüßte mir schon eine.“

„Wo das geht, wenn Sie mich einladen werden, vorausgesetzt.“ „Ich heirat net.“ „Warum nicht gar. Es gibt ja hübsche Mädchen im Dorfe, da wird schon eine die Erwählte sein.“

„Scheint Ihnen denn so unglaukwürdig, was ich sage?“ antwortete Lore ausweichend. Sein großer Ernst machte sie nun doch etwas ängstlich.

„Das ist verfrüht, mein Freund.“ rief sie abwehrend, noch sind wir ja nicht groß und reich. Bis dorthin heißt es noch vernünftig sein, Herr Joseph.“

„In namenloser Verlegenheit stand Joseph nach dieser Zurückweisung da; er getraute sich gar nicht mehr, etwas zu sagen.“

„Dies hier zum Abschied.“ sprach sie in möglichst weichen Tone, selbstenlang seine Hand umschlingend. „Dann hinterließ sie dem vor Glück halb betäubten Joseph noch zu, er möge seine kleine Lore nur nicht allzu rasch vergessen und schnell wie das Glück entwand sie im Dunkel.“

„Er hörte nur noch die Schritte hinauf ihren leichten, eintretenden Schritte. Ganz seltungslos stand er einen Moment nach da er legte die Hand auf das Herz, die übergroße Freude mochte seinen Herzschlag hoden.“

„Da fiel es ihm ein — die Radel hatte sie nun doch behalten.“ Er mußte sie wiederbekommen, daß sie nicht verhängnisvoll für seine Liebe werden sollte.



Wir führen Wissen.

Reichskanzler Fehrenbach

musste kürzlich in der sozialistischen Presse ...

Der Reichskanzler. Berlin, 30. April 1921.

Sehr geehrter Herr Redakteur!

Sie waren so freundlich, mir die Nr. 96 des „Ostenposten“ vom 26. d. M. zuzuführen ...

Ich war im Jahre 1917/18, als ich um die betreffende Verteidigung angegangen wurde ...

Die tendenziöse Veränderung meiner beruflichen Tätigkeit mit meiner nachherigen öffentlichen Stellung ...

Mit ausgezeichneter Hochachtung Fehrenbach.

Die freie Behandlung versicherungsfreier Familienmitglieder

Ist von vielen Krankenkassen eingeführt worden, was nur zu loben ist. Um nun Kosten zu sparen ...

Die Lage in Oberschlesien

Beuthen, 10. Mai. Die Lage ist unverändert. Die nächsten Schieferen haben etwas nachgelassen ...

Tarnowitz konnte heute seit drei Tagen wieder zum erstenmal telefonisch erreicht werden. Die Lage ist unverändert ...

Hindenburg, 10. Mai. Von Aufständlern sind nur noch drei Häuserblöcke im Zentrum, die sich die Franzosen als Art zentrale Zone vorbehalten haben ...

Hindenburg, 10. Mai. Heute vormittag wurde Professor Kleinwächter durch die Polen verhaftet ...

Offener Bruch in der Interalliierten Kommission

Breslau, 10. Mai. In der Interalliierten Kommission in Cappel ist es zu einem offenen Bruch gekommen ...

Polnischer Angriff auf das westliche Odersufer

London, 10. Mai. Die Lage in Oberschlesien hat sich nach den Meldungen, die bis zum 10. Mai abends vorlagen ...

Alliierte Note an Polen

London, 10. Mai. Die alliierten Regierungen haben mit Rücksicht auf die Lage in Oberschlesien eine strenge Note an die polnische Regierung gerichtet.

Stellung der polnischen Regierung

Berlin, 11. Mai. Wie aus Warschau gemeldet wird, fand dort eine Konferenz der Parteiführer mit dem Ministerpräsidenten Witos statt ...

In ganz Polen finden Volkssammlungen zur Propaganda der polnischen Oberschlesienhilfe statt ...

In einer Entschließung der Parteilicheit der Wawol-wielonen-Partei heißt es: Wir fordern alle Mitglieder der Ortsgruppen auf ...

Tschechen und Polen

Prag, 10. Mai. Die Stimmung in Prager amtlichen Kreisen ist nach wie vor besorgt. Um das Eindringen polnischer Verbände in das tschechoslowakische Gebiet zu verhindern ...

Spanische Stimmen gegen die französischen und polnischen Raubgelüste

Madrid, 10. Mai. ABC bringt unter dem Titel: Die Ruhr und Oberschlesien einen scharf gehaltenen Leitartikel. Das Blatt sagt, Polens Verhalten sei unklug und angegriffen ...

Die deutschen Gewerkschaften gegen den polnischen Terror

Kattowitz, 10. Mai. Die deutschen Gewerkschaften haben an die Interalliierte Kommission in Cappel folgendes Telegramm gerichtet: Die Interalliierte Kommission hatte versprochen, die Ruhe und Ordnung in Oberschlesien wieder herzustellen ...

Zusammentritt der Reparationskommission

Paris, 10. Mai. Die Reparationskommission ist heute nachmittag zusammengetreten. Der offizielle Vertreter der Vereinigten Staaten Lord B. nahm zum ersten Male wieder an den Beratungen teil ...

Bohrerhebung am Rhein

Leidwischhafen, 10. Mai. Heute vormittag um 10 Uhr trat die Bohrhebung an dem Rheinübergang in Kraft ...

Kleine Nachrichten

Hannover. Gestern fand auf Groß-Schwäper die Hochzeit des einzigen Sohnes des Generalfeldmarschalls v. Hindenburg statt ...

Berlin, 10. Mai. Der sechsfache Mörder Friedrich Schumann, der sechsmal zum Tode verurteilt worden war ...

Nachrichten aus Sachsen

Das Orgehverbot in Sachsen

Das Polizeiamt in Leipzig hatte im November vorigen Jahres gemäß einer Verordnung des Ministeriums eine geplante Verammlung der Organisation Eiserich zu der vertanlich eingeladen war ...

Inzwischen hatte der Reichspräsident unter dem 20. März 1921 eine Verordnung erlassen, deren § 22 die eben erwähnte Verordnung vom 30. März 1920 außer Kraft setzte ...

In der Verordnung des Reichspräsidenten über die Bildung außerordentlicher Gerichte vom 29. März 1921, RStZ. S. 871, ist die frühere Verordnung des Reichspräsidenten, betreffend die zur Wiederherstellung der öffentlichen Ordnung und Sicherheit nötigen Maßnahmen, auf Grund des Art. 48, Abs. 2 der Reichsverfassung vom 30. März 1920, RStZ. S. 1174, aufgehoben worden ...

Dr. Fiedlers Amtsentsagung

Außer dem Landtage behandelten Angelegenheit Dr. Fiedler, über die mir schon früher berichtet, und dem Vorliegen des Landeskonfessionsrats gegen ihn schreibt die Sächsische Staatskorrespondenz:

Die Entlassung des früheren Pastors in Niederplantzig Dr. Fiedler aus seinem Amt hat kürzlich, namentlich durch die Landtagsverhandlungen darüber, Aufsehen erregt ...

Aus Dresden

— Notgeld der Deutschen in der verlorenen Dänemark. Ueber dieses Thema wird am 21. Mai, 8 Uhr abends, Herr Paul Schottke aus Grimma u. a. Schl. Vorträge aus Kamlich in Polen, in der Reformierten Kirche einen Vortrag halten.

Die Vereinigung der Freunde deutscher Kunst veranstaltet am Freitag den 13. Mai, abends 7 Uhr, im Frauenklubsaal, Johanna-Georgenallee 13, für ihre Mitglieder bei kostenloser Eintritt einen kleinen deutschen Kunstabend ...

Städtischer Ausstellungspalast. Eine Vergünstigung für die Besucher der Konzerte des philharmonischen Orchesters hat die Direktion insofern eingerichtet, als für Abonnementskarten zu 12 Mark für den Preis von 9 Mark herausgibt ...

Letzte Telegramme Die Antwort der neuen Regierung an die Entente

Berlin, 11. Mai. (Kontin.) Der deutschen Volkswirtschaft in London ist in der vergangenen Nacht folgendes zur Übermittlung an Lloyd George telegraphisch übersandt worden:

Auf Grund des Beschlusses des Reichstages bin ich beauftragt, mit Bezugnahme auf die Entschliessung der alliierten Mächte vom 5. Mai 1921 namens der neuen deutschen Regierung folgendes wie verlangt zu erklären:

Die deutsche Regierung ist entschlossen, 1. ohne Vorbehalt oder Bedingung ihre Verpflichtungen, wie sie von der Reparationskommission festgesetzt sind, zu erfüllen;

2. ohne Vorbehalt oder Bedingung die von der Reparationskommission hinsichtlich dieser Verpflichtungen vorgeschriebenen Vorkehrungsmaßnahmen anzunehmen und zu verwirklichen;

3. ohne Vorbehalt oder Verzug die Maßnahmen zur Abführung von Kohle, zu Wasser und in der Luft auszuführen, die ihr in der Note der alliierten Mächte vom 29. Januar 1921 notifiziert worden sind, wobei die rückständigen sofort und die übrigen zu den vorgeschriebenen Zeiten auszuführen sind;

4. ohne Vorbehalt oder Verzug die Aburteilung der Kriegsschuldigen durchzuführen und die übrigen unerfüllten im ersten Teile der Note der alliierten Regierungen vom 5. Mai erwähnten Vertragsbestimmungen auszuführen. Ich bitte, die alliierten Mächte von dieser Erklärung unverzüglich in Kenntnis zu setzen.

gez. W. r. t. h.

Dieselbe Note ist nach Paris, Rom, Brüssel und Tokio gesandt worden.

Gemeindeversammlung zu Leipzig im Städtischen Kaufhause

Die Gnadentage der hl. Mission in Leipzig sind nun vorüber. Wie im November 1919, so lauschten auch diesmal wieder Hunderte von Gläubigen den Worten der Herren Patres aus Philippsdorf und fanden innere Ruhe und Sammlung in unserer jammer- und unruhbevollenen Zeit.

Einen Höhepunkt der Mission bildete gewiss die öffentliche Gemeindeversammlung, die am Dimmelfesttag im großen Saale des Städtischen Kaufhauses stattfand. Datten die Predigten in den Kirchen mehr dem einzelnen Menschen gewollt, so sollte in jener Versammlung die Stellung des Katholiken zu den öffentlichen Tagesfragen erörtert werden. Wir können den Gedanken, eine solche Veranstaltung im Rahmen einer Mission abzuhalten, als glücklich bezeichnen. Trotz regnerischer Wetter und trotz der großen Schlambächen am Abend fanden sich noch Hunderte ein, um der klaren, noch warm und Inhalt gleich vollendeten Rede des hochw. Redemptoristenpater zu lauschen. Aufgehend von der traurigen Lage unseres Vaterlandes legte er dar, daß es verfehlt sei, beim Anblick der Trostlosigkeit und Sittenlosigkeit der Jetztzeit die Hände müßig in den Schoß zu legen. Gerade wir Katholiken müssen mitarbeiten am jüdischen Wiederaufbau. Um aber dazu die geeigneten Mittel zu finden, ist es zunächst nötig, die Schäden und ihre Ursachen genau kennen zu lernen. Daraus ergeben sich dann am besten die Heilmittel für eine dauernde Besserung. Die Wunden, die unserem Volke und Vaterlande geschlagen wurden, sind politischer, wirtschaftlicher, sittlicher und religiöser Art. Da ist zunächst der Zusammenbruch der alten Staatsformen. Ueber die Vorgänge der einen oder anderen von ihnen geht zu reden, ist zwecklos. Die Kirche bevorzugt keine. Denn jede Staatsform ist letzten Endes von Gottes Gnaden, und darum gelten auch für alle Obrigkeiten und Untertanen gewisse Rechte und Pflichten, die nicht überschritten werden dürfen, wenn der Staat erhalten bleiben soll. Der staatliche Zusammenbruch war begleitet von

einem solchen auf wirtschaftlichem Gebiete. Die Ueberspannung unserer Wirtschaft durch den Kapitalismus der letzten Jahrzehnte sucht man auszugleichen durch radikale Forderungen des Sozialismus und Kommunismus. Beide Richtungen haben deswegen so scharfe Formen angenommen, weil sie nicht orientiert sind nach dem christlichen Sittengesetze. Es gab schon einmal einen Kommunismus, nämlich den des Christentums. Der aber war himmelweit verschieden von dem unserer Tage. Denn damals verlaufen die Besitzenden ihren Reichtum — ohne daß es jemand verlangte — und legten den Geld freiwillig zu den Füßen der Armut nieder. Das ist etwas anders als die Forderung der Anhänger des Marxismus, alles zu nehmen und zu teilen. Nicht darf es heißen: die Kapitalismus — die Kommunismus, sondern: christliche Solidarismus! — Verlagen müssen wir auch den Trümmern auf moralischem Gebiete. Nach und nach und tangend geht man sich über alles Recht und Gesetz hinweg, und doch sind die zehn Gebote vom Sinai nicht willkürlich zusammengestellt, sondern Ausdruck eines Gesetzes, gültig für alle Zeiten und Völker. Und jedes Volk, das diese ewigen Gesetze mißachtet, ist zugrunde gegangen und wird zugrunde gehen. Der letzte Grund für unsere jammervollen Zustände liegt endlich auch in dem religiösen Habitus der Jetztzeit. Die religiöse Gleichgültigkeit, der Unglauben und Irrglauben — sie alle sind letzten Endes Auswirkungen der Glaubensspaltung. Ueberschuldung 1921 und die heutigen religiösen Zustände in Deutschland stehen in ursächlichem Zusammenhang. Soll unser Volk wieder aus all der Not gefunden, so ist vor allem eine religiöse und sittliche Erneuerung nötig. Gleich den zwölf Aposteln sollen wir Katholiken heute auch Apostel durch unser Beispiel sein. Nützlich ist es dazu, daß wir uns organisieren, zusammenschließen in Vereinen. Heilige Pflicht ist es, einzutreten für die christliche Schule, die eine religiöse Erziehung unserer Kinder gewährleistet. Darum dürfen wir in die gesetzgebenden Körperschaften nur solche Männer und Frauen wählen, die eintreten für unsere Ideale. Eine Gewissenspflicht ist endlich auch das Eintreten für unsere katholische Presse. Diese Großmacht, die die Feinde von Religion und Sittlichkeit mit nur zu gutem Erfolge handhaben, müssen auch wir uns zum Verbündeten machen. Sie ist für unsern heutigen Tag einfach unentbehrlich. Die „Christliche Volkzeitung“ gehört unbedingt in jedes katholische Haus. Das Opfer hierfür darf einer katholischen Familie nicht zu groß sein.

Hertzlicher und anhaltender Beifall folgte den Worten des Redners. Er war nicht nur eine Zustimmung zu seinen überzeugenden Darlegungen, sondern auch ein Zeichen des Dankes für die Stunden der Erbauung in den Tagen der hl. Mission. Im Anschluß an diese Rede ergrieff der verdienstvolle Vorsitzende der katholischen Elternräte Leipzig, Herr Kaufmann E. d. m. a. n., das Wort. Er nahm den Gedanken über die katholische Schule und Erziehung noch einmal auf, gab einen kurzen Rückblick über die Elternratswahlen in Leipzig und ermahnte die Eltern, auch weiterhin einzustehen für die konfessionelle Schule. Ferner gab er einen Überblick über den jetzt vorliegenden Entwurf des Reichsschulgesetzes und zeigte die ihm anhaftenden Mängel und Lücken. Nach gemeinsamem Gesänge schloß Herr Superior u. Pfarzer S. r. a. n. g. die Versammlung unter Dankworten an die hochw. Herren Patres und mit einem Appell an die Gemeindeglieder, an ihrem Teile mit dazu beizutragen, daß die Gedanken der beiden Redner zur Tat werden. S.

Gemeinde- und Vereinsnachrichten

§ Hirschfelde. Zu einer schönen Rundgebung gestaltete sich das Zusammentreffen der Südläuscher Volksvereinsortsgruppen in Hirschfelde. Mindestens 800 Personen füllten den geräumigen Saal. Nach herzlichem Begrüßung durch den Seltendorfer Geschäftsführer Klaus hielt Herr Kaplan Hartmann einen klaren, tiefgründigen Vortrag über das Freidenkertum. Reichem Beifall gollten ihm die aufmerksamen Zuhörer als Dank. Während der Pause fanden Flugblätter und Schrif-

ten über das Freidenkertum gute Abnahme. Der Seltendorfer Redner hat dann in dankenswerter Weise zwei Vieder, ebenfalls von Fräulein Lorenz ein Solo und von dem Lehrerkollegium ein heiteres Quartett gesungen. Herr Schubert, Ostrich machte die Versammlung aufmerksam auf eine Männertagung am 22. Mai in Ostrich und lud alle katholischen Männer dazu ein. Herr Kaplan B. d. m. a. n. dankte am Ende im Namen der Gäste für das Gebotene und wünschte bald wieder eine ähnliche Tagung. Zur anschließenden Maiandacht erwies sich natürlich unser kleines Kapellchen, das treue Hände reich geschmückt hatten, als zu eng, so daß viele im Garten Platz nehmen mußten. Es wurde auch zu den Vorgängen in Ebersbach Stellung genommen und folgende Resolution an den dortigen Schulvorstand, das Seltendorfer Bezirkskomitee und das Kultusministerium abgesandt:

Mindestens 800 in Hirschfelde versammelte Mitglieder der Volksvereine von Ostrich, Königshain, Reichenau, Seltendorf und Hirschfelde weisen die von Mitgliedern des Schulvorstandes in Ebersbach in der öffentlichen Schulvorstandssitzung vom 19. April ausgesprochenen Beschlüssen und Bescheidungen christliche Eltern auf das entschiedenste zurück. Ebenso verurteilen sie das Verhalten des Vorsitzenden und verlangen auf Grund der verfassungsmäßigen Freiheit und des § 135 der Reichsverfassung Lösung der religiösen Uebersetzung auch der christlich gestimmten Bürger in Ebersbach. Sie verlangen auf das bestimmteste Maßnahmen, die derartige Vorkommnisse in Zukunft unmöglich machen.

Ferner wurde Herr Landtagsabgeordneter Heßlein folgendes Schreiben zugesandt:

Die in Hirschfelde versammelten Volksvereinsmitglieder von Ostrich und Umgegend, Königshain, Reichenau, Seltendorf und Hirschfelde danken dem einzigen Zentrumabgeordneten Seltendorf für sein energisches Eintreten für die Gewissensfreiheit der christlich gestimmten Bürger und bebauern, daß die Regierung auf seine Anfrage wegen der unerhörten Vorgänge in Ebersbach nicht ein einziges Wort der Mißbilligung gegen die Verleumdungen gefunden hat. Sie sind der festen Ueberszeugung, daß es auch in Zukunft unerwünscht für die wahre Freiheit eintreten wird, und wünschen ihm eine gekräftete Gesundheit und Gottes Segen dazu.

Geschäftliches

Das Vertrauen zur Heilkraft der Natur. Auch der berühmteste Arzt hat dieses Vertrauen. Man darf sogar sagen, daß je berühmter und erfahrener ein Arzt ist, desto tiefer wurzelt seine Ueberszeugung, daß der menschliche Körper ein Instrument ist, dem schwer beizukommen, wenn die Natur nicht mithilft. So ist es auch gekommen, daß in letzter Zeit die elektro-galvanische Behandlung von Körper und Nerven auch in der wissenschaftlichen Behandlung durch den Bohm'schen elektro-galvanischen Apparat „Geweeco“ bedeutet keinen Eingriff in die Natur, sondern die Zuführung einer Naturkraft, die Körper und Nerven gleich wirkt, die schädlichen Krankheitskeime durch verstärkten Blutumlauf aus dem Körper ausschleibt und so Widerstandskraft und Gesundheit festigt und vermehrt. Druckschriften kostenlos durch G. Wohlmut u. Co., K. O., Dresden-Altfeld, Bürgerwiese 27 (Haus Danabad).

Sport

Voransagungen

Karlsruher, 12. Mai, 8 Uhr nachmittags. 1. Pfund, Kalkmann; 2. Dombrowski, Rastig; 3. Demerius, Lot; 4. Mardonnitz, Rax; 5. Phantast, Wolpoto; 6. Sylba, Mejer; 7. Reuf, Germa.

Verantwortlich: Für den redaktionellen Teil: Friedrich Roring; für den Inseratenteil: Peter Schaber. — Druck und Verlag der „Saxonia-Druckerei“ G. m. b. H. zu Dresden.

Vereins- und Partei-Anzeiger

Zentrum (Christl. Volkspartei) Leipzig.

Donnerstag den 12. Mai abends 1/28 Uhr im „Burgkeller“.

Mitglieder-Versammlung

Referate: Herr Justizrat Dr. Schrömbgens und Herr Studienrat Dr. Stein;

Berichte über die letzten Versammlungen des Kath. Pressvereins und der Saxonia-Druckerei G. m. b. H.

Um zahlreichen Besuch bittet Der Vorstand. 975

Voranzeige:

Montag, den 27. Juni, spricht Dr. Herrschel, Breslau, M. d. R., in der hiesigen Ortsgruppe.

Filz- und Stroh-Hüte in allen Formen u. Preislagen
Heinrich Padberg
Dresden, Louisenstraße 79
Pausapfecher 14360 m
Unarbeliten — Neuvertrieben

Tagal-Hüte • Bast-Hüte • Litzen-Hüte
Umpressen und Färben schnell und billigst.
Große Auswahl, noch billige Preise. 423
Hutfabrik, Dresden, Pillnitzer Straße 19 nur 19

Gute Zigarren
kauft man preiswert bei
Josef Runte, Dresden = A.
Johannesstraße 1 Ecke Georgplatz 901

: ZITTAU :

Für die Festtage empfehle ich deutsche und franz. Rotweine Rhein- und Moselweine in reicher Auswahl

Kognak :: Weinbrand und verschiedene Liköre
Pa. Räucherlachs, Hammer Ananas :: Pfirsiche
Heinrich Perlich, Zittau
Weberstraße 21 909

Wer Film-Schauspieler(in) werden will, wende sich sofort um Auskunft mit Rückporto an den Deutschen Briefbund, Nürnberg, Webersplatz 11. 932

HUBERTY

Wäsche
Hüte
Stöcke
Krawatten

DRESDEN-A. PRAGER STR. 6
CENTRAL-THEATER-PASSAGE

Endlich wieder da!
Ein Pfund
Salmiak-Terpentin
Borax-Seifenpulver



Von höchster Qualität
aus der Fabrik
Impt. Loitzsch
Dresden A.

NUR FÜR PUTZMACHERINNEN!
Mein gut sortiertes Lager in allen Putzartikeln, wie Hüten, Linonformen, Bändern, Tüll, Blumen, Federn, Krepp, Schleiern empfehle ich bestens.
Verkauf nur an Putzmakerinnen 908
ADOLF REHMANN, CHEMNITZ, Chemnitz Str. 1, 1.

Herren-, Damen- u. Kinderhüte

in allen Ausführungen
kaufen Sie sehr vorteilhaft zu niedrigsten Preisen bei

Gegr. 1887 **B. Fischer** Fernspr. 11975
Stroh- und Filzhut-Fabrik
Dresden, Ringstraße 17 :: Einzelverkauf nur 1. Stock